



DIE ROTE HILFE

2.2018

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 2 EURO | 44. JAHRGANG | C 2778 F | WWW.ROTE-HILFE.DE

S. 13
REPRESSION

Neue Angriffe: Seenotrettung für Flüchtlinge unter Beschuss

S. 16 - 42
SCHWERPUNKT

Protest und Repression in Afrika

S. 22

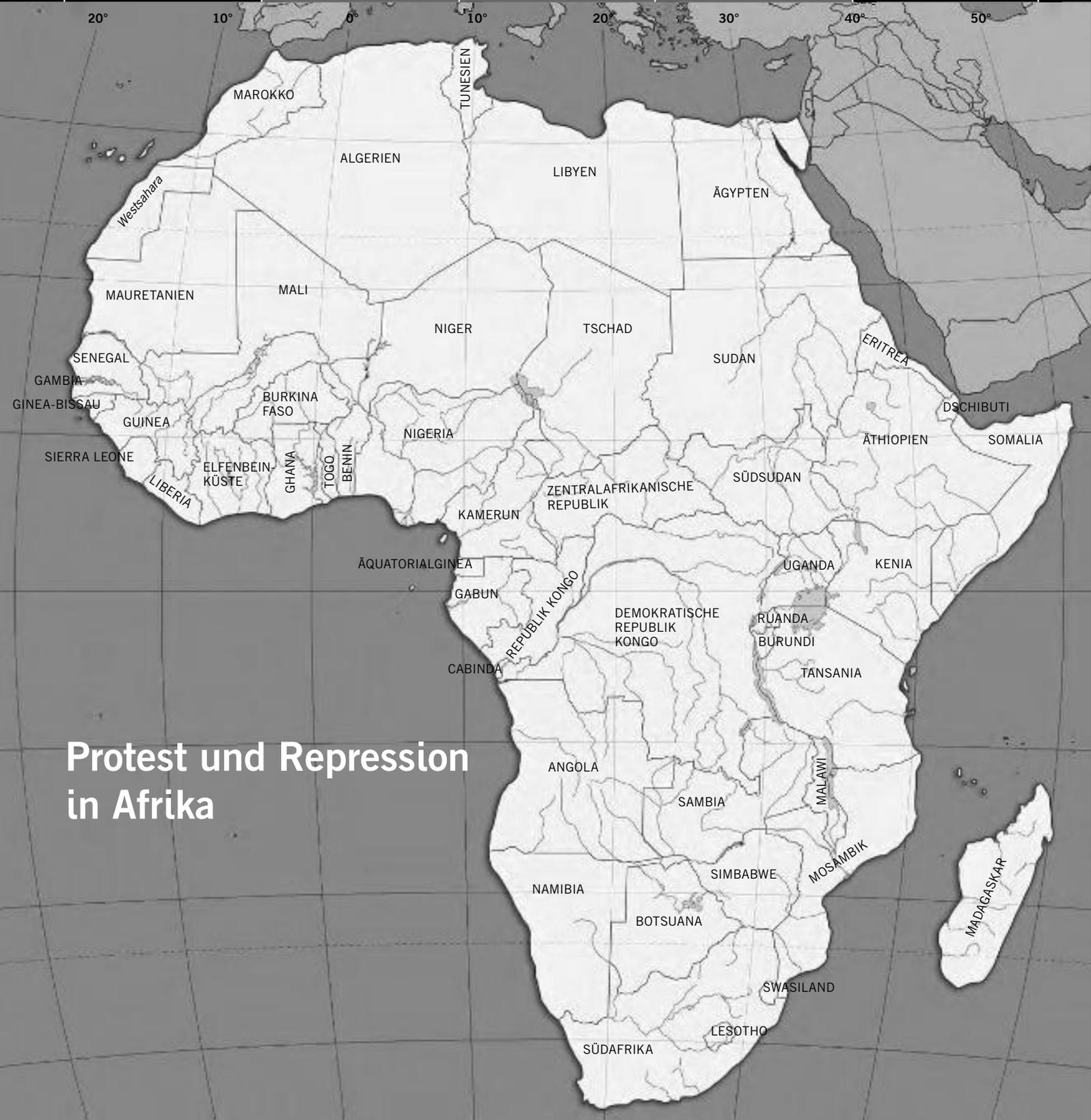
Vertreibungen, Proteste und Massaker in Äthiopien

S. 40

Überwachung und Repression in Ägypten

S. 68
INTERNATIONALES

Unterstützt die „Moria 35“!



Protest und Repression in Afrika

IN EIGENER SACHE

4 Geld her! Dafür brauchen wir Eure Mitgliedsbeiträge ...

REPRESSION

- 8 Repression in Zusammenhang mit NoG20 – Eine Kurzzusammenfassung
11 „Es fährt ein Zug nach Nirgendwo, mit mir allein als Passagier ...“ –
Skurriler Prozess um eine Abseilaktion im Frankfurter Hauptbahnhof
13 Seenotrettung unter Beschuss – Nach Attacken von Nazis und Staats-
anwaltschaft ist ein weiteres Rettungsschiff für Flüchtlinge bedroht

AZADI

14 Azadi

■ Das Redaktionskollektiv der *RHZ* hält es für wichtig, dass in Texten linker und linksradikaler Gruppen und Einzelpersonen die Frau (und nicht nur sie) als Subjekt erkennbar ist und die Vielfalt der Geschlechter berücksichtigt wird. Und nicht wie im gesellschaftlichen Diskurs durch die patriarchal geprägte Sprache verschwindet. Wir werden auch weiterhin nicht inhaltlich in zugesandte oder angeforderte Texte eingreifen, respektieren Stil- und Sprachmittel unserer Autor_innen, wünschen uns aber eine (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit Sprache und Bewusstsein.



WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

SCHWERPUNKT

- 16 Protest und Repression in Afrika
19 Der Geist von Mpalabanda – In der angolanischen Exklave Cabinda lebt das Erbe einer gewaltfreien Bürgerbewegung
22 Das Verbrechen, seine Rechte einzufordern – Vertreibungen, Proteste und Massaker in Äthiopien
23 Zwangsarbeit und Todesschüsse – Die repressive Militärdiktatur treibt zehntausende EritreerInnen in die Flucht
26 In der Höhle einer „fortschrittlichen“ Demokratie – Eine Geschichte von Protest, Widerstand und Repression in Kamerun
29 „Jetzt oder nie!“ – Hoffnung auf ein Ende von 51 Jahren autokratischer Herrschaft und brutaler Repression in Togo
32 Als wäre nichts passiert – Zwangsräumungen und Protest in Ghana
34 Sterben lassen in der Wüste – Migrationsregime, Militarisierung und Repression im Niger
37 Im Fadenkreuz – Die Repression gegen die linken Bewegungen in Tunesien
40 Im Würgegriff der Generäle – Überwachung und Repression in Ägypten

REPRESSION INTERNATIONAL

- 43 Unterstützt die „Moria 35“! Wegen Widerstands gegen brutale Polizeiangriffe stehen auf Lesbos internierte Geflüchtete vor Gericht
45 Russland 2018: Entführungen, Folter, Fälschungen – Eine Übersicht über Repressalien gegen Anarchist*innen und Antifaschist*innen

AUS ROTER VORZEIT

- 48 „... die Aufgabe, die Solidarität mit den Opfern der faschistischen Justizwillkür zu vertiefen“ – Die illegale Rote Hilfe Deutschlands in Stuttgart
52 Literaturvertrieb
54 Adressen
55 Impressum

„... die Aufgabe, die Solidarität mit den Opfern der faschistischen Justizwillkür zu vertiefen“

Die illegale Rote Hilfe Deutschlands in Stuttgart

Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

Obwohl die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) in Württemberg während der Weimarer Republik massiven staatlichen Behinderungen ausgesetzt gewesen war, war es ihr gelungen, eine feste Organisation aufzubauen und vielfältige Aktivitäten zu entfalten.

■ Noch 1930 waren nur 3.613 Individualmitglieder in 77 Ortsgruppen erfasst gewesen, doch in den Folgejahren erlebte die Solidaritätsarbeit einen Aufschwung, so dass sich die Zahlen bis Herbst 1932 auf 8.100 Rote HelferInnen in 152 Ortsgruppen gesteigert hatten.¹ Stuttgart als Sitz der Bezirksleitung spielte dabei eine zentrale Rolle und verfügte über starke Stadtteilstrukturen besonders in den „roten Vierteln“. Unter dem KPD-Funktionär Karl Fugger, der ab 1931 als Bezirkssekretär der RHD fungierte, befand sich das Büro in der Wilhelmstraße 7.

In den letzten Monaten vor der Machtübergabe an die Nazis gelang es in Stuttgart weitaus effektiver als in vielen anderen Städten, klandestine Ausweichstrukturen zu schaffen und die benötigten Materialien dem Zugriff der Repressionsorgane zu entziehen. Anfang März 1933 setzten die Massenverhaftungen ein, die hauptsächlich das Umfeld der Kommunistischen Partei (KPD) trafen: Allein bei zwei Großrazien am 10./11. März sowie am 24./25. März wurden etwa 470 KommunistInnen aus dem Raum Stuttgart in „Schutzhaft“ verschleppt.² Parallel dazu wurde auch die Rote Hilfe in Württem-

berg verboten und ihr Eigentum beschlagnahmt.

Da Karl Fugger rechtzeitig untergetaucht war, konnte er den Übergang in die Illegalität anleiten und die durch Festnahmen abgerissenen Kontakte in die Stadtteile und Ortsgruppen neu knüpfen. Dank der frühzeitig geretteten Schreibmaschinen und Abziehapparate leistete die RHD kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit gegen den NS-Terror. Außer zahlreichen Flugblättern erschien nahezu vierzehntägig die Bezirkszeitung *Tribunal* in einer Auflage von bis zu 1.200 Exemplaren. Zudem baute der Stuttgarter Chefredakteur der *Süddeutschen Arbeiterzeitung*, Willi Bohn, ab April 1933 die „Transportkolonne Otto“ auf. Dieses Vertriebsnetz organisierte die Einfuhr verbotener kommunistischer Literatur aus der Schweiz, darunter auch des im Ausland gedruckten reichsweiten *Tribunal* des RHD-Zentralvorstands.

Tarnadressen im Porzellangeschäft und in der Kürschnerei

Das Porzellangeschäft Kalb in der Esslinger Straße und die Kürschnerei Grützmann in der Gartenstraße zählten zu den ersten Post-Deckadressen, die Pakete mit illegalen Publikationen verschiedener KPD-naher Organisationen in Empfang nahmen und weiterverteilten. Daneben unterhielt die Rote Hilfe im Stadtteil Heslach eine eigene Kurier- und Postanlaufstelle in einer Schusterwerkstatt in der Adlerstraße. Der Zeitungsvertrieb bildete in der württembergischen Hauptstadt die Grundlage der Mitgliedergewinnung und stellte – neben der finanziellen Unterstützung für die Familien der politischen Gefangenen – das Hauptbetätigungsfeld der Roten Hilfe dar.

Im Sommer 1933 wechselte Fugger zum Zentralvorstand nach Berlin,

und der bisherige RHD-Unterbezirksleiter für Rottweil und Spaichingen, Karl Ackermann, trat an seine Stelle. Ackermann hatte sich nach seinem Bruch mit der Kommunistischen Partei/Opposition (KPD/O) 1931 der Solidaritätsarbeit zugewandt und war im April 1933 nach Stuttgart geflüchtet, wo er sich landesweit als Kurier und Instrukteur engagierte. So bereiste er die RHD-Ortsgruppen Heilbronn, Kirchheim unter Teck und Ulm, versorgte sie mit dem *Tribunal* und nahm die dort kassierten Beiträge entgegen. Nach Fuggers Weggang hatte er als Politischer Leiter des Bezirks eine Fülle von Aufgaben inne, die von der Kassenrevision über die Herstellung von Druckschriften bis hin zu den Berichten an die Reichsebene reichten.

Seine engste Mitarbeiterin war Gertrud Schlotterbeck, die schon in der Weimarer Republik als Stenotypistin bei verschiedenen KPD- und RHD-Gremien angestellt gewesen war. Als sie Anfang Februar 1933 aus mehrmonatiger Untersuchungshaft freigekommen war, tauchte sie umgehend unter und führte ab Sommer 1933 die Kassengeschäfte der württembergischen Roten Hilfe. Dazu gehörten die Buchführung über Beiträge, Spenden und Erlöse aus dem Verkauf des *Tribunal* ebenso wie regelmäßige Treffen mit OrtsgruppenkassiererInnen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die RHD laut Angaben der KPD wieder 1.000 zahlende Mitglieder im Bezirk erfasst. In ihrer Funktion als Stenotypistin erledigte Schlotterbeck die anfallenden Schreibarbeiten in Ackermanns illegalem Quartier Am Weißenhof 44. Zusätzlich war sie auch weiterhin für die KPD aktiv, doch blieben die Abläufe strikt getrennt: Berichte für den KPD-Bezirksleiter Max Opitz tippte sie ausschließlich in dessen illegalen

¹ Vergleiche Bericht zur ZV-Sitzung vom 8./9. Mai 1932, StA Bremen 4,65-482, und Organisationsbericht zur ZV-Sitzung vom 30. Oktober 1932, StA Bremen 4,65-484.

² Vergleiche Chronik der Stadt Stuttgart, S. 15 und 19.



Büros in der Stöckachstraße und in der Christophstraße ab.³

Da die württembergische RHD-Spitze trotz vieler Repressionsschläge durchgehend handlungsfähig blieb, betrachtete der Berliner Zentralvorstand Stuttgart als wichtigen Ausgangspunkt für die Betreuung des ganzen Oberbezirks Süd. Zu diesem Zweck entsandte die Schweizer Rote-Hilfe-Grenzstelle regelmäßig InstrukteurInnen, die von hier aus die Nachbarregionen bereisten und insbesondere die abgerissenen Verbindungen mit München neu belebten.

Einen schweren Schlag für die illegale Solidaritätsarbeit stellten die Verhaftungen von Gertrud Schlotterbeck und Karl Ackermann im Herbst 1933 dar, die im Rahmen einer größeren Repressionswelle gegen den kommunistischen Widerstand erfolgten. Bei Durchsuchungen beschlagnahmte die Gestapo Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparate sowie RHD-Kassenunterlagen und andere interne Papiere. Damit war die klandestine Infrastruktur empfindlich getroffen, nur durch das Schweigen der beiden Roten HelferInnen konnten weite Teile der Organisation geschützt werden. Von den Razzien im letzten Quartal 1933 waren auch weitere führende RHD-Mitglieder betroffen, so dass Unterstützung von außen nötig wurde.

„Ich stehe so ziemlich allein auf weiter Flur“

Noch im November 1933 entsandte der Zentralvorstand Werner Jurr, der bis dahin als Organisationsleiter von Berlin-Brandenburg und als Reichsinstrukteur der Roten Hilfe tätig war. Anfangs hatte er mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie ein interner Bericht Anfang Januar 1934 vermerkte: „Württemberg (26): In diesem Bezirk ist der Pol.-Leiter verhaftet und kurz bevor wir einen neuen Leiter entsandten, auch der Orgleiter. Der neue Leiter berichtete am 27.12.33.: „Allgemein: Ich stehe so ziemlich allein auf weiter Flur und muss mir sehr mühselig alle Verbindungen heranziehen. Von Franz ist noch ein Mitarbeiter vorhanden, der



Liselotte Herrmann

auch nicht in alles eingeweiht war. Ich habe kein Quartier. Es fehlt noch ein Arbeitsplatz. Wir haben keinen Raum für Maschine und Apparat. Das muss erst alles geschaffen werden.“⁴

Durch die Festnahmen war die Vernetzung vielerorts zusammengebrochen, und zentral koordinierte Aktivitäten wie die jährlichen Winterhilfssammlungen konnten nicht umgesetzt werden. Unter dem Decknamen „Karl“ traf sich Jurr mit RHD-FunktionärInnen aus den Stadtteilen und Unterbezirken. Um das neue Rote-Hilfe-Gremium durch erfahrene GenossInnen zu verstärken, bat er über den Verbindungsmann Heinrich Heyne die KPD-Bezirksleitung um Hilfe, die seine Anfrage aber angesichts ihrer eigenen schweren Verluste ablehnte.⁵

Jurrs Bemühungen zeitigten bereits im Januar 1934 erste Erfolge, als die Roten HelferInnen eine große Öffentlichkeitskampagne starteten. Anlass war die Ermordung des Stuttgarter Kommunisten Fritz Rau, der Ende Dezember 1933 in Berlin von der Gestapo erschlagen worden war. Der Zentralvorstand berichtete im März 1933: „Unsere Freunde ergriffen sofort die Initiative und stellten mit den Arbeiterphotographen eine sehr wirkungsvolle Photopostkarte von Fritz Rau her,

die reissenden Absatz fand. Ferner führten sie ein ‚Fritz Rau-Aufgebot‘ durch und stellten unser Propagandamaterial darauf ein“.⁶

Am 2. Februar 1934 endete jedoch Jurrs Aufbauarbeit in Stuttgart, als er der Gestapo in die Hände fiel und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Als Nachfolger setzte der Zentralvorstand wenige Wochen später Ferdinand „Fred“ Steffens ein, der bis dahin als Kurier zwischen der Auslandsleitung der Roten Hilfe und Berlin fungiert hatte. Seine wohl wichtigste Mitarbeiterin war Anna Stegmaier, die in den 1920er Jahren Spitzenfunktionärin der württembergischen KPD gewesen war, aber später die Partei verlassen hatte. Schon bald nach dem Verbot übernahm sie Aufgaben für die Bezirksleitung der Roten Hilfe und unterstützte Steffens durch ihre guten Kontakte und ihr organisatorisches Geschick.⁷

Vor allem im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit trat die Rote Hilfe nun wieder verstärkt in Erscheinung und brachte mindestens monatlich das württembergische *Tribunal* sowie zeitweise das Heft *Der Rote Helfer* heraus. In dem Flugblatt „Die Krise der Hitler-Diktatur!“ rief sie zur breiten Beteiligung an den Solidaritätsbemühungen auf: „Laßt euch nicht einschüchtern durch die neue Terrorwelle, die von Hitler und seinen Knechten angekündigt und eingeleitet wurde. Kämpft gegen den Terror, indem ihr euch schützend vor die Opfer des faschistischen Terrors stellt, von Hand zu Hand für ihre Unterstützung sammelt und unaufhörlich die Freilassung Thälmanns und aller inhaftierten Antifaschisten fordert.“⁸

Fred Steffens war nicht nur für die Stärkung der Organisation im Bezirk, sondern auch für die Kommunikation mit dem Zentralvorstand und der RHD-Grenzstelle zuständig. Deshalb reiste er wiederholt nach Berlin und Zürich, um über die jüngsten Entwicklungen zu berichten und Druckschriften sowie Geld in Empfang zu nehmen. Bei einer der Fahrten in die Hauptstadt wurde Steffens von der Gestapo verhaftet, als er sich am

3 Zu den von den Repressionsbehörden ermittelten Aktivitäten von Ackermann und Schlotterbeck vergleiche die Anklage des OLG Stuttgart vom 9. Juli 1934 gegen Franz Riegg und andere.

4 „Organisationsbericht des Z.V. der R.H.D. für die Zeit vom 15.11. bis 31. 12. 33.“, S. 10f, SAPMO RY I 4/4/27 Blatt 58f

5 Hinweise auf Jurrs Treffen mit lokalen FunktionärInnen finden sich in der Anklage des OLG Stuttgart vom 22. Mai 1934 gegen Ernst Kärcher und andere sowie im Urteil des OLG Stuttgart vom 5. September 1935 gegen Heinrich Heyne und andere.

6 „Bericht der Orgabteilung des Z.V. der RHD vom 1.1.34-28.2.34“, S. 1, SAPMO RY I 4/4/27 Blatt 65

7 Zu Anna Stegmaier vergleiche Müller, S. 157.

8 Zitiert nach der Anklage des Oberreichsanwalts Berlin vom 21. Mai 1935 gegen Rudolf Claus und andere, S. 21.

14. Juli 1934 mit dem Zentralvorstandsmitglied Rudolf Claus und zwei weiteren RHD-FunktionärInnen in einem Berliner Gartenlokal traf. Während gegen Claus die Todesstrafe verhängt wurde, verurteil-

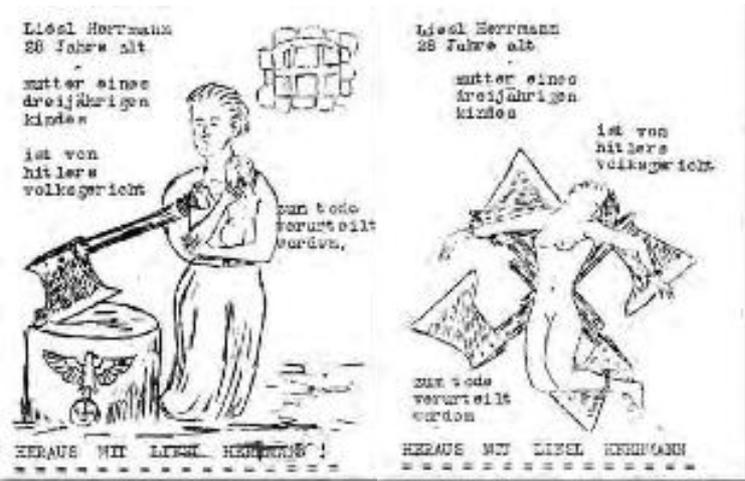
beitschaft zu vertiefen. Damit vermitteln wir dem revolutionären Proletariat in seinem Kampf die unbedingt notwendige moralische Hilfe, die es befähigt, den Kampf bis zum siegreichen Ende zu führen. Das Bewußtsein, in seinem gerechten Kampf gegen die faschistische Barbarei und den volksausplündernden Monopolkapitalisten sich auf die helfende Kraft einer starken Solidaritätsorganisation stützen zu können, verleiht dem kämpferischen Elan neue Impulse. Indem wir als Rote Hilfe, als Organisatoren des Massenprotests und

Bereits im Frühsommer waren bei Daimler 2.000 Flugblätter an die Belegschaft verteilt worden, wobei ein vielversprechendes neues Modell erprobt wurde, wie ein RHD-internes Schreiben von Mitte 1934 schildert: „Die Methode dabei war originell, weil die Flugblätter in verschiedenen Stößen an den Eingängen aufgestellt waren, mit einem Schild, Jeder solle sich eins nehmen. Die Arbeiter machten grossen Gebrauch davon und erst zuletzt war ein Verräter darunter, der es meldete, sodass ein kleiner Rest beschlagnahmt werden konnte.“¹¹

Hilfe für die Familien gefangener Widerstandskämpfer

Ein weiterer umfangreicher Aufruf folgte Ende August, von dem Auszüge im reichsweiten *Tribunal* von September 1934 dokumentiert wurden. Darin werden detaillierte Anweisungen zum Aufbau von Kleingruppen gegeben, die Druckschriften verteilen und Spenden sammeln sollten. Für die Verwaltung der Gelder war neben dem Thälmann-Komitee die RHD-Bezirksleitung zuständig, die über die Verwendung in ihrer Zeitung Rechenschaft ablegen sollte. Ebenfalls als vorbildlich galt die systematische Erfassung der unterstützungsbedürftigen Familien, wodurch die Spendengelder gleichmäßig verteilt werden konnten. Während die Hilfe in vielen Bezirken recht unkoordiniert ablief, verwies der Zentralvorstand mehrfach lobend auf die Abläufe in Württemberg. Selbst in einigen abgelegenen Dörfern wurden hier die Angehörigen von Gefangenen aus zentralen Mitteln versorgt.

Im September 1934 beauftragte die Grenzstelle den RHD-Instrukteur Adam Voltz, das Stuttgarter Gremium zu stärken. Der frühere KPD-Unterbezirksleiter von Ludwigshafen engagierte sich nach seiner Flucht in die Schweiz Ende 1933 für die Rote Hilfe und hatte seinen Schwerpunkt in München, von wo aus er viele bayerische RHD-Ortsgruppen wiederbelebte. In Württemberg trieb er die Gründung von Betriebsgruppen und die Thälmann-Kampagne voran; der neue KPD-Bezirksleiter Stefan Lovasz war da-



te der Volksgerichtshof die Mitangeklagten zu hohen Zuchthausstrafen, darunter Steffens zu dreizehn Jahren.

Der Bezirksleiter hielt in brutalen Verhören dicht

Die Verhaftung löste mehrere Durchsuchungen in Stuttgart aus, da der Bezirksleiter Notizen mit Adressen bei sich getragen hatte. Allerdings blieb das Ausmaß begrenzt, da er den brutalen Verhören standhielt und die anderen Beteiligten vor dem Zugriff der NS-Verfolgungsbehörden schützte. Ein Glücksfall war zudem, dass sich der von Zürich angereiste RHD-Kurier Konrad Führer in der Stadt aufhielt, der in dieser Krisensituation kurzzeitig in Steffens' Funktion nachrückte und einen fließenden Übergang ermöglichte.

Nicht zu unterschätzen bei der Arbeit der illegalen RHD war die umfangreiche Kassierung von Beiträgen und Spenden, die in Stuttgart häufig an den Zeitungsvertrieb gekoppelt war. Welche essenzielle Bedeutung die materielle Hilfe für den gesamten antifaschistischen Widerstand besaß, bekräftigte die Bezirksleitung im württembergischen *Tribunal* von Juni 1934:

„Als Mitglieder der Roten Hilfe erwartet uns die Aufgabe, die Solidarität mit den Opfern der faschistischen Justizwillkür und deren Familien in der Ar-

des Abwehrwillens die verbrecherische Tätigkeit der faschistischen Mordideologen der Hitler, Göring und Göbbels entlarven, erschweren wir diesen Burschen das blutige Handwerk. DIE STEIGERUNG DER ANTITERRORKAMPAGNE IST DAHER WESENTLICHSTE VORAUSSETZUNG ZUR RETTUNG ERNST THÄLMANN'S & ALLER INHAFTIERTEN ANTIFASCHISTEN.“⁹

Ab dem Frühjahr 1934 wurde vermehrt – wohl auch den Aufforderungen der Reichsleitung folgend – die Freilassungskampagne für den eingekerkerten KPD-Vorsitzenden Thälmann hervorgehoben, was sich insbesondere in der Betriebsarbeit zeigte. Nachdem zwei bedeutende RHD-Betriebsgruppen sich kurz nach ihrer Gründung wieder aufgelöst hatten – der Zentralvorstand vermutete als Ursache die allzu enge Verknüpfung mit KPD-Strukturen, was häufig zu Konflikten führte¹⁰ –, existierten nur noch kleinere Zirkel bei der Eisenbahn und der Straßenbahn. Deutlich größere Erfolge konnte hingegen das Thälmann-Komitee aufweisen, das in den Fabriken die Solidaritätsarbeit vorantrieb und auch sozialdemokratische sowie parteilose ArbeiterInnen einbinden konnte.

9 a.a.O.

10 Vergleiche „Bericht über die Lage der Organisation und die Tätigkeit des Zentralvorstands für das erste Halbjahr 1934“, S. 14, SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 83.

11 „Bericht über die Lage der Organisation und die Tätigkeit des Zentralvorstands für das erste Halbjahr 1934“, S. 14, SAPMO RY I 4/4/27 Blatt 83



bei eine wichtige Ansprechperson für ihn. Am 4. Februar 1935 wurde Voltz jedoch von der Münchner Gestapo gefasst und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.¹²

Für die Solidaritätsstrukturen im Südwesten blieb der Vorfall ohne größere Folgen, so dass der Bezirk am 19. März 1935 an den Zentralvorstand vermelden konnte: „Hier in Stuttgart bestehen jetzt 7 Stadtteile und zwar Osten, Heslach, Mitte, sowie Prag, Westen, Botnang und Cannstatt, mit einer Mitgliederzahl von 250. An *Tribu* werden in diesen Stadtteilen 450 abgesetzt.“¹³ Darüber hinaus bestand enger Kontakt zu den Unterbezirken Böblingen, Ludwigsburg und Neckarland, die jeweils mehrere Ortsgruppen umfassten und ebenfalls in den Literaturvertrieb eingebunden waren.

Während das württembergische *Tribunal* und die weiterhin aus dem Ausland eingeschmuggelten Druckschriften fast ausschließlich an Mitglieder und regelmäßige SpenderInnen verkauft wurden, wandte sich die Rote Hilfe noch im Jahr 1935 mehrfach durch Klebezettelaktionen an die breite Öffentlichkeit. Darin wurde die Freilassung Thälmanns und anderer prominenter Gefangener gefordert; zum 1. Mai verbreiteten die Roten HelferInnen zudem Postkarten mit ihren Bildern.

Im Frühsommer 1935 schickte die Grenzstelle Kurt Baum als neuen RHD-Leiter nach Stuttgart, nachdem es in Zürich ein erstes Treffen mit dem KPD-Bezirksleiter Lovasz gegeben hatte, der ihm als Kontaktmann den Neuanfang erleichtern sollte. Baums kurze Tätigkeit in Württemberg wurde am 5. Juli 1935 durch seine Verhaftung jäh beendet, die im Zuge einer brutalen Repressionswelle gegen KPD-Strukturen erfolgte: Mitte Juni war Lovasz von der Gestapo aufgespürt worden, und über hundert weitere Stuttgarter AntifaschistInnen fielen den Verfolgungen im Anschluss zum Opfer.

Nicht nur die Partei war dadurch deutlich geschwächt, auch die Rote Hilfe erlitt schwerste Verluste. Ein im September 1935 veröffentlichter Ge-

stapo-Bericht beschreibt die bis dahin anhaltende gute Situation der Solidaritätsorganisation, der der NS-Terror kaum etwas hatte anhaben können: „In Württ[emberg] besitzt die RH. einen umfangreichen und gut organisierten Apparat. Ausserdem bestehen in verschiedenen Großbetrieben Stuttgarts kleinere Betriebszellen. Den Hauptrückhalt der RH. in Württ[emberg] bildet die Grenzleitstelle in Zürich, von der aus die Bez.-Ltg. mit Material und Geld versorgt wird. [...] Das ‚Tribunal‘ wurde fast regelmäßig in Auflagen von 500-1.500 Exemplaren herausgebracht. Das Funktionsreservoir schien unerschöpflich.“¹⁴

Das Ende: Direkthilfe auf lokaler Basis

Im Herbst 1935 waren die Strukturen allerdings schon weitgehend zerschlagen, und der vorher kontinuierliche Kontakt zur Schweizer Grenzstelle war abgerissen. Nur an der Basis existierten weiterhin kleine Stadtteilgruppen, die sich auf die materielle Unterstützung für die Familien der politischen Gefangenen konzentrierten. Auch im Folgejahr kam die Verbindung mit der zentralen Leitung und dem Büro in Zürich nur schleppend zustande, und die RHD im Bezirk war noch Ende 1936 recht schwach.

Am 12. Juni 1937 wurden die vier württembergischen KPD-Mitglieder Stefan Lovasz, Josef Steidle, Artur Göriz und Liselotte Herrmann in einem Aufsehen erregenden Prozess zum Tode verurteilt; damit wurde erstmals gegen eine Frau aufgrund ihrer Widerstandstätigkeit die Todesstrafe verhängt. Diese Tatsache nahm die RHD zum Anlass für eine internationale Kampagne, die in erster Linie von den Exilstrukturen und den befreundeten Roten Hilfen im Ausland getragen wurde und die die Lage der jungen Mutter Lilo Herrmann besonders hervorhob, zugleich aber die Begnadigung aller Verurteilten forderte.

In Stuttgart selbst wurde das Urteil dadurch zum Stadtgespräch, dass aus den Nachbarstaaten nicht nur massenhaft Petitionen an offizielle deutsche Regierungsstellen gingen, sondern sich auch zahllose Prominente und zivilgesellschaftliche Gruppierungen daran

beteiligten: „Es wurde von ausserhalb veranlasst, dass Briefe von Studenten an die Studenten in Stuttgart geschrieben wurden. In ihnen zeigte man wer die Angeklagten sind, wessen man sie beschuldigt und bat die Studenten, ueber ihre Organisationsverbindungen zu helfen, vier Menschen das Leben zu retten. Aehnlich schrieben Professoren an Professoren, Frauen an Frauen und Sportler an Sportler. So wandte sich der Sportverein Grasshoppers Basel an den Sportverein Kickers in Stuttgart mit der Bitte mitzuhelfen, um zu verhindern, dass die wegen ihrer Gesinnung zum Tode Verurteilten hingerichtet wuerden. Es entwickelte sich eine rege Korrespondenz“.¹⁵

Die Kampagne, die weltweit für intensive Berichterstattung in der Presse sorgte, wurde im Reichsgebiet von Flugblattaktionen begleitet, die ebenfalls die Stuttgarter Kommunistin in den Mittelpunkt stellten. Trotz der breiten öffentlichen Diskussion waren die Bemühungen letztlich erfolglos: Am 20. Juni 1938 wurden Lilo Herrmann und ihre Mitstreiter in Plötzensee hingerichtet.

Nachdem die Rote Hilfe Deutschlands wenig später offiziell aufgelöst worden war, kamen auch in Stuttgart die zentral koordinierten Solidaritätsaktivitäten endgültig zum Erliegen: Nur noch einzelne Basisgruppen und lose Spendenkreise standen den Verfolgten durch lokale Direkthilfe zur Seite. ❖

Literatur

- ▶ Chronik der Stadt Stuttgart 1933-1945, Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart Band 30, herausgegeben von Kurt Leipner, Stuttgart 1982
- ▶ Sabine Hering/Kurt Schilde (Hg.), Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen „Wohlfahrtsorganisation“ und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921-1941), Opladen 2003
- ▶ Hartmut Mehringer, „Die KPD in Bayern 1919-1945“, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer (Hg.), Bayern in der NS-Zeit Band V, S. 1-286, München/Wien 1983
- ▶ Roland Müller, Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988

¹² Zur Tätigkeit der RHD-Instrukteure Führer und Voltz vergleiche Müller, S. 160, und Mehringer, S. 124f.

¹³ Zitiert nach „Bericht über die Arbeit der R.H.D. - Ende März 1935.“, S. 2, SAPMO RY I 4/4/27 Blatt 134.

¹⁴ Zitiert nach Hering/Schilde S. 304.

¹⁵ „Vorbericht der RHD fuer die Zeit von Juli bis Novbr. 1937.“ S. 2f, SAPMO RY I 4/4/27 Blatt 320f.